

## **Offener Brief an den Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses im Namen der freien Tanz- und Theaterschaffenden**

Zur Kenntnisnahme an:

den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit  
den Berliner Senator für Finanzen Dr. Ulrich Nußbaum  
den Kulturausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin  
den Staatssekretär für Kulturelle Angelegenheiten, André Schmitz  
den Bezirksbürgermeister für Pankow, Matthias Köhne  
den Bezirksstadtrat und Leiter der Abteilung Kultur, Wirtschaft und Stadtentwicklung im Stadtbezirk Pankow von Berlin, Dr. Michail Nelken  
die BVV, Stadtbezirk Pankow von Berlin

### **UNDIFFERENZIIERTES SPAREN ZERSTÖRT ARBEITSPLÄTZE UND INFRASTRUKTUR IM KULTURBEREICH UND VERSCHWENDET WERTVOLLE KREATIVE RESSOURCEN, DIE WIR JETZT NÖTIGER HABEN DENN JE!**

Sehr geehrte Damen und Herren Politiker im Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses,

**In Ihrer Sitzung am 10. Juni 2009 wollen Sie eine unserer Ansicht nach fatale Weichenstellung für die Verhandlungen des Doppelhaushaltes der Bezirke 2010/2011 beschließen.** Im Vorfeld hatten sich die Bürgermeister aller Bezirke gegen die ursprünglich vorgesehene Zuweisungssumme für 2010/11 verwahrt und errechnet, dass berlinweit 142 Mill. Euro zusätzlich notwendig sind, um drohende Haushaltslöcher **a l l e i n** im Bereich der gesetzlichen **P f l i c h t a u f g a b e n** zu stopfen.

Inzwischen ist in einer kurzfristig angesetzten, nicht öffentlichen Runde unbekannter Zusammensetzung ein „Kompromiss“ von 84 Mill. ausgehandelt worden.

Wenn bereits 142 Mill. gerade so ausreichen werden, um die Haushaltslöcher im Bereich der Pflichtaufgaben zu stopfen, dann können 84 Mill. dafür nicht genug sein.

**Man muss kein versierter Haushälter sein, um zu erkennen, dass bei einer Grundzuweisung von 84 Mill. die sogenannten freiwilligen Leistungen, wie Kunst und Kultur, nicht abgedeckt sind und sie damit für 2010/11 gestrichen werden müssen.**

**Vor diesem Hintergrund ist die Rede von der haushälterischen Entscheidungsfreiheit der Bezirke eine Farce.**

**Seit der Einführung des sogenannten Medians in das System der Kosten-Leistungs-Rechnung unter Ex-Finanzsenator Sarrazin, stehen die Bezirke in starker Konkurrenz zueinander,** werden systematisch heruntergespart und wird Sozialneid in der Stadt geschürt: Bezirke beispielsweise, die ihre Grünflächenpflege – im Übrigen gegen die Intention von MAE-Maßnahmen – durch Ein-Euro-Jobber abdecken, werden dafür belohnt und Bezirke, die ihr Personal dafür fair bezahlen, werden bestraft, weil ihre Grünflächenpflege pro m<sup>2</sup> mehr kostet. **Der Sparzwang wird dadurch sehr effektiv von der Senatsebene auf die Bezirke abgewälzt.**

Die Übereinstimmung der sonst uneinigen Bezirke angesichts der notwendigen 142 Mill. ist ein eindeutiges Indiz dafür, dass die Grenze des Sparens erreicht bzw. bereits überschritten ist.

**Es knirscht nicht mehr nur im Gebälk, sondern es droht ein irreparabler Flurschaden im sensiblen Bereich der bezirklich geförderten kulturellen und sozial präventiven Arbeit. Zahlreiche Arbeitsplätze gehen verloren. Einrichtungen und Initiativen sind in Gefahr, die wertvolle Arbeit für diese Stadt leisten. Die vergleichsweise winzigen Summen, die dadurch eingespart werden, stehen in keinem Verhältnis zu dem angerichteten Schaden.**

Damit sind u.a. diejenigen in ihrem Schaffen und in ihrer Existenz bedroht, die bereits seit Jahren, zu großen Teilen am Rande des Existenzminimums lebend, dafür sorgen, dass diese Stadt den weltweiten Ruf genießt, Kulturmetropole zu sein. Denn nicht nur die großen Theater, Opern- und Konzerthäusern prägen das Image Berlins. Insbesondere die schillernde freie Szene ist es, die Jahr für Jahr mehr Menschen in unsere Stadt lockt, auf der Suche nach innovativen Kunst-, Lebens- und Arbeitsmodellen. Gerade angesichts von Krisen sind die kreativen Ressourcen in unserer Stadt von unschätzbarem Wert.

**Sehr geehrte Damen und Herren Politiker im Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses, lassen Sie sich nicht zu Konkursverwaltern machen! Wir rufen Sie dringend dazu auf, Ihre politische Verantwortung wahrzunehmen, denn Sie sind unsere gewählten Gestalter und Verteidiger der Demokratie.**

Kunst und Kultur sind doch gerade für Sie in der Politik von grundlegender Bedeutung: Durch sie wird eine Aufmerksamkeit für und eine Übung im Umgang mit Differenzen und Vielfalt hergestellt, was wiederum eine Voraussetzung ist, um überhaupt demokratische Verhandlungen innerhalb einer Gemeinschaft zu führen. Zugespitzt und provokativ könnte man sagen, dass Kunst und Kultur auch dazu beitragen, Ihre Rolle in der Gesellschaft und damit Ihre Arbeitsplätze zu sichern. Die Gesellschaft braucht – gerade im Angesicht von Krisen – eine starke Kulturpolitik, um Kunst und Kultur als wertschöpfende Arbeit in diesem Sinne anzuerkennen und zu gewährleisten.

**Wir rufen Sie dazu auf, sich für die Zuweisungssumme an die Bezirke mindestens in Höhe der geforderten 142 Mill. einzusetzen und damit die Grundlage für die Bezirkshaushalte zu gewährleisten.**

**Nur so hat bezirkliche Kulturförderung 2010/2011 überhaupt eine Chance, weiter zu bestehen.**

**Mit nur 84 Mill. droht ein Kahlschlag in der kulturellen Infrastruktur Berlins! Unsere Stadt lebt von ihrer Vielfalt! Tragen Sie dazu bei, sie zu erhalten!**

Landesverband Freie Theaterschaffende Berlin e. V.

(i. A. Anne Passow, Leiterin der Geschäftsstelle des LaFT Berlin e. V.)

Wenke Hardt, Regisseurin

Gabi Beier, Ada-Studio Berlin

Gabi Hift, Regisseurin, Schauspielerin

Claudia Wiedemer, Schauspielerin

Toula Limnaios, künstlerische Leiterin, cie. toula limnaios

Ralf R. Ollertz, künstlerischer Leiter, Geschäftsführer, HALLE TANZBÜHNE BERLIN

Anja Gronau, Regisseurin

Björn Pätz, Presse & Produktion

Francois Baldassare, Regisseur

Veronika Nowag-Jones, Schauspielerin

Stephane Lalloz, Schauspieler

Miriam Fehlker, Dramaturgin

Nathalie Schuh, Schauspielerin

Antonia Holfelder, Schauspielerin

Andreas Salamon, Schauspieler

Hendrik Unger (Produktionsleiter lubrikat)

Weitere Unterschriften folgen.